

Schmalholz, Heinz

Article

Quo vadis Investor? Sachsen im Standortvergleich

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Schmalholz, Heinz (2002) : Quo vadis Investor? Sachsen im Standortvergleich, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 09, Iss. 5, pp. 3-5

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/169649>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Quo vadis Investor? Sachsen im Standortvergleich

Neben der allgemeinen Globalisierungstendenz hat die anstehende EU-Osterweiterung den nationalen wie internationalen Wettbewerb um die Ansiedlung von Unternehmen nochmals verstärkt. Während der Standortwettbewerb um Investoren zwischen den deutschen Bundesländern vor dem Hintergrund geringen Wirtschaftswachstums, hoher Arbeitslosigkeit und anhaltend ungünstiger konjunktureller Perspektiven zugenommen hat, haben die ostdeutschen Bundesländer noch zusätzlich mit der Konkurrenz der östlichen Nachbarstaaten, aber auch mit allen anderen nicht direkt angrenzenden mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL), zu kämpfen, die mit niedrigen Lohnkosten und hohen Investitionsanreizen Unternehmen in ihre Regionen locken.¹

In einer aktuellen Studie zur innerdeutschen Standortwahl von Unternehmen rangieren bei den hierzu befragten Geschäftsführern mittelständischer Unternehmen unter vier sog. Kernbereichen des zugrundegelegten Standortfaktorenmodells die „Verfügbarkeit und Kosten von Produktionsfaktoren“ sowie die „Qualität der Infrastruktur“ mit weitem Abstand vor den „weichen Standortfaktoren“, während „staatliches Handeln“ der aus Unternehmersicht am wenigsten wichtige Bereich darstellt.²

Danach wäre Sachsen im Vergleich zu Polen, Tschechien und Ungarn chancenlos, da bei einem Arbeitskräfteüberangebot (hohe Arbeitslosigkeit in Zentraleuropa) ein starkes Lohngefälle zwischen Sachsen und den drei EU-Beitrittskandidaten besteht. Allerdings führt die alleinige Orientierung an den von den statistischen Ämtern ausgewiesenen Durchschnittslöhnen zu falschen Schlüssen. Zum einen bezahlen die ausländischen Investoren – wie in allen Entwicklungs- und Schwellenländern auch – in den Beitrittsländern meist wesentlich höhere Löhne als die in inländischem Besitz befindlichen Firmen. Zum anderen verringern sich die Lohnunterschiede, die für die

ungelernten Arbeiter am höchsten ausfallen, mit zunehmendem Bildungsgrad der Beschäftigten. Neben der größeren Lohnspreizung nach den Qualifikationen sind noch regionale Unterschiede von großer Bedeutung. So sind die Gehälter in den Ballungszentren relativ hoch. Vielfach sind dort überhaupt keine geeigneten Arbeitskräfte mehr verfügbar. In stark unterentwickelten Gebieten mit schlechter Infrastruktur und hoher Arbeitslosigkeit besteht dagegen kein genereller Mangel an Arbeitskräften. Deshalb werden ausländische Investitionen auch um so mehr subventioniert, je größer die Probleme in der betreffenden Region sind.

Dem Vorteil bei den Löhnen steht in den drei MOEL jedoch ein ebenso ausgeprägter Rückstand bei der Arbeitsproduktivität im Durchschnitt aller Unternehmen gegenüber. Im Vergleich zum Durchschnitt der Industrieunternehmen Sachsens ist der Vorteil bei den Löhnen kleiner als der Nachteil bei der Arbeitsproduktivität. Die Lohnstückkosten sind die Resultante aus Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität. In nationaler Währung gerechnet, sind die Lohnstückkosten der verarbeitenden Industrie in Polen, Tschechien und Ungarn seit 1995 weit stärker gestiegen als in Sachsen. Abwertungen von Zloty, Krone und Forint haben dies nicht ausgleichen können. Auch in einheitlicher Währung gerechnet, hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Industrie von der Lohnstückkostenentwicklung her gegenüber industriellen Anbietern aus Ungarn, insbesondere aber gegenüber Anbietern aus Polen und Tschechien verbessert. In einheitlicher Währung gerechnet, sind im Zeitraum 1995 bis 2001 die Lohnstückkosten der tschechischen verarbeitenden Industrie pro Jahr um über 9 % stärker gestiegen als die Lohnstückkosten der sächsischen Industrie.

Im Hinblick auf den Standortfaktor „Verkehrsanbindung“ ist festzustellen, dass Quantität und Qualität

¹ Siehe hierzu im Einzelnen eine neuere Untersuchung des ifo Instituts: W. Gerstenberger, J. Jungfer, H. Schmalholz (2002), *Standortbedingungen in Polen, Tschechien und Ungarn und die Position Sachsens im Standortwettbewerb*, ifo dresden studien 33, München/Dresden.

² Vgl. Cap Gemini Ernst&Young (2002), *Standortattraktivität: Die Unternehmerfreundlichkeit der Bundesländer im Vergleich*, Kurzfassung, Düsseldorf, September, www.de.cgey.com/presse.

der Infrastrukturausstattung in Polen, Tschechien und Ungarn weit hinter Sachsen zurückbleibt. Dies gilt insbesondere für den Versorgungsgrad im Bereich Straßenverkehr. So entspricht in Polen nur 1 % aller Straßen den EU-Anforderungen und es fehlt ein durchgehendes Autobahnnetz, aber auch in den anderen östlichen Beitrittsländern muss ein Großteil des Straßennetzes dringend repariert werden. Generell gilt dort, dass die Verkehrsinfrastruktur in den am meisten zurückgebliebenen Regionen auch am schlechtesten ist.

Wenn die in der Cap Gemini Ernst&Young-Untersuchung – wie schon in anderen ifo Befragungen auch – ermittelten zentralen Standortfaktoren sich im nationalen oder internationalen Vergleich in ihren Ausprägungen annähern, dann werden andere Faktoren für eine Standortwahl mitentscheidend, wie z. B. die „weichen“ Standortfaktoren. So wird die Erblast der Planwirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Ländern, wie Umweltverschmutzung, ein unterentwickelter Immobilienmarkt und eine schlechte unternehmensorientierte Infrastruktur, trotz EU-Beihilfen noch viele Jahre präsent sein. Das gleiche gilt auch für das Gesundheitswesen, welches westliche Führungskräfte lieber meiden. Auch das Bildungswesen an den Universitäten entspricht trotz aller Anstrengungen noch nicht westlichen Qualitätsvorstellungen.

Eine Stärke der unternehmensbezogenen Infrastruktur Sachsens stellt seine gute Ausstattung mit universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen dar. Damit verbunden ist auch eine hohe Dichte an Forschungspersonal von deren Ergebnissen auch die in Sachsen ansässigen Industrieunternehmen für ihre eigenen Innovationsaktivitäten profitieren, wie der im bundesweiten Vergleich relativ hohe Anteil innovativer Unternehmen zeigt.³ In den MOEL ist der öffentliche wie der private Forschungsbereich noch weitgehend in der Restrukturierungsphase.

Zu einem unternehmerfreundlichen Investitionsklima gehört auch die Qualität des am jeweiligen Standort

vorzufindenden Verwaltungsapparates. Während die Behörden in Sachsen von den befragten Investoren durchweg gelobt und als kooperativ und hilfsbereit beurteilt werden, wird es in den östlichen Beitrittsländern noch eine Weile dauern, bis aus schwerfälligen Bürokraten unternehmensorientierte Dienstleistungseinrichtungen werden. Viele Bürokraten haben dort noch einen zu großen unkontrollierten Spielraum, welcher die Korruption stark begünstigt.

Was den Bereich „staatliches Handeln“ betrifft, so steht für Investoren die sich in den alternativen nationalen oder regionalen Standorten bietende Förderkulisse im Vordergrund des Interesses. Generalisierbare Aussagen über die Vorteilhaftigkeit von Fördersystemen sind jedoch nur schwerlich machbar, weil sich das wirtschaftliche Umfeld eines neu gegründeten Betriebes an unterschiedlichen Standorten jeweils anders darstellt. Deshalb hat das ifo Institut ein Modell entwickelt, das sowohl die wirtschaftlichen Randbedingungen als auch die Förderkulisse in den Vergleichsländern differenziert abbildet.

Unter Berücksichtigung des Lohnkostenvorteils in Polen, Tschechien und Ungarn einerseits und ihrer Nachteile bei anderen Kostenkomponenten andererseits ist das auf Zuschüssen basierende Investitionsfördersystem Sachsens für den Investor vorteilhafter als die Förderkulisse in den drei MOEL, die in erster Linie auf Anreize über Steuervergünstigungen abstellt. Dies trifft auch zu, wenn die in allen Ländern gewährten stärkeren finanziellen Anreize für rückständige Regionen und bestimmte Unternehmenstypen oder Industriesparten in die Betrachtung einbezogen werden. Aufgrund der spezifischen Förderwirkungen von Zuschüssen auf der einen und von Steuererleichterungen auf der anderen Seite lohnt sich in Sachsen ein großes und kapitalintensives Projekt in der Regel noch mehr als ein kleineres Investitionsvorhaben.

Ein bemerkenswertes Ergebnis der Cap Gemini Ernst&Young-Studie ist, dass 37 % der befragten Unternehmen ihren Standort in ein anderes Bundesland verlegen würden, wenn die Möglichkeit dazu

³ Vgl. H. Schmalholz, „EU fordert Ankurbelung der Investitionen in die Forschung – Kann dieser Anspruch von der sächsischen Industrie erfüllt werden?“, in diesem Heft, S. 26 ff.

bestünde. Demgegenüber bekannten in der ifo Untersuchung 96 % der am Standort Sachsen ansässigen Tochterunternehmen deutscher oder ausländischer Investoren, dass sie den jetzt eingenommenen Standort noch einmal so auswählen würden.

Dass Standort nicht gleich Standort ist, zeigen Analysen der Wachstumsperspektiven für eine Reihe von europäischen Stadtregionen.⁴ Danach leisten zwar die marktorientierten Dienstleistungen, in denen die Bereiche „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ sowie „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ zusammengefasst sind, den größten Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung, wachstumsfördernd wirkt sich aber die Präsenz von High-Tech-Industrien aus.

So sind prosperierende Regionen dadurch gekennzeichnet, dass dort weltweit agierende High-Tech-firmen ihren Standort haben, in deren Umkreis sich

kleine mittlere Unternehmen als Zulieferer niederlassen. Ein Beispiel hierfür ist Dresden, wo es gelang, mit INFINEON (früher SIEMENS), AMD und SAP-IT global operierende Unternehmen der Informations- und Kommunikationsbranche (IuK) anzusiedeln. Im Großraum Dresden kamen im Gefolge weitere IuK-Industrieunternehmen (Ausrüster, Materialhersteller u. ä.) sowie IuK-Dienstleistungsunternehmen (Softwarehäuser, Telekommunikationsdienste u. ä.) hinzu. Während vor allem die Region um Dresden mit der Biotechnologie ein zweites High-Tech-Standbein bekommt, zeigt die Analyse dieser beiden Technologiebereiche als potenzielle Wachstumsfelder für Ostdeutschland einen noch zu geringen Besitz im Vergleich mit Westdeutschland auf.⁵ Die Chance Ostdeutschlands in der Wirtschaftskraft aufzuholen hängt auch entscheidend von seiner Attraktivität für die Ansiedlung von weiteren High-Tech-Unternehmen ab.

Heinz Schmalholz

⁴ Vgl. M. Votteler, „Die Wachstumsaussichten der sächsischen Regionen im europäischen Vergleich – „European Regional Prospects““, in diesem Heft, S. 18 ff.

⁵ Vgl. W. Gerstenberger, „Entwicklung der New Economy in Ostdeutschland“, in diesem Heft, S. 6 ff.